Univ.-Prof. em. Dr. habil. Siegfried F. Franke

Der Einfluss der Zivilgesellschaften auf die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen[1]

Vorbemerkungen

(1) Das Thema spannt einen Bogen von der Wahrnehmung Deutschlands in Ungarn zu dem der Wahrnehmung Ungarns in Deutschland. Nun, es ist kein Geheimnis, dass Ungarn in Deutschland seit geraumer Zeit keine guten Karten hat, während die Ungarn nach wie vor ein gutes Bild von ihrem übernächsten nördlichen Nachbarn haben. Dazu ein Zitat von Ministerpräsident Viktor Orbán: „Die Deutschen werden überall auf der Welt geachtet, aber nur in Ungarn werden sie auch geliebt." Ich hoffe, dass das trotz der permanenten Anfeindungen auch so bleibt.
Ich kenne mich zwar mittlerweile ein wenig in Ungarn aus, aber Sie werden sicher verstehen, wenn ich das mir gestellte Thema doch eher aus dem Blickwinkel Deutschlands angehe.

(2) Auch wenn in der Diskussion zur „Zivilgesellschaften" John Locke, Alexis de Tocqueville, Françoise Voltaire und Jean-Jacques Rousseau zitiert werden, so dominierten doch in der Politischen Ökonomie die Begriffe „Interessengruppen; Pressure groups und Lobby) lange Zeit den Diskurs. Und natürlich findet man auch Anklänge in der Philosophie (Aristoteles) und politischen Praxis der Antike (*akoionia*; *societas civilis* – Polis),

(3) Ich stelle nicht in Abrede, dass in einer lebendigen Demokratie ziviles bzw. bürgerliches Engagement unverzichtbar geworden ist, will aber nicht verhehlen, dass mich vieles, was sich heute „Zivilgesellschaft" nennt, ihre Ziele, ihre Finanzierung und insbesondere ihre Verknüpfung zur Politik irritieren und bedenklich stimmen.

(4) Neben den theoretischen Überlegungen soll in meinem Thema der praktische Bezug zu den deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen wenigstens angedeutet werden. Sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich als Deutscher, wenn auch mit großer Sympathie für Ungarn,
   (i) zum einen erst einmal auf die Vorgänge in Deutschland abstelle,
   (ii) und dann einige Hypothesen dazu ableite, welche Wirkungen das auf die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder haben könnte. Ich betone *Hypothesen,* ohne Anspruch auf schlüssige Lösungen zu haben. Schließlich sollen die Referenten folgender Tagungen ja auch noch etwas zu tun haben.

[1] Corvinus Universität Budapest, 4. Oktober 2019

I. Von „Pressure Groups“ zu Zivilgesellschaften

1. Die Bedeutung der Verbände im Rahmen der Grob- und Feinsteuerung der Politik

a) Grobsteuerung

Moderne, arbeitsteilige, demokratische Staaten mit pluralistischer Interessenvielfalt und hoher Regelungsdichte erzeugen fortwährend neue Probleme. Gründe sind die zunehmende technische, soziale und rechtliche Vernetzung, mangelhaft abgestimmte Subsysteme und nicht bedachte Folgewirkungen früherer Ziel- und Mittelfestlegung.

All diesen Problemen können auch die willigsten und begabtesten Politiker und Bürokraten aus Zeitgründen und wegen der limitierten Aufnahme- und Verarbeitungskapazität nicht gerecht werden. Nur jene Probleme, die ins Blickfeld der Politiker gehoben und als wichtig dargestellt werden (Agenda-setting) können überhaupt bearbeitet werden.

Bei Ihrer Auswahl der Probleme lassen sich die Parteien und Politiker vor allem von der sog. Wählerbeweglichkeit (Mobility of Voters) leiten, d.h., bringt die Bearbeitung oder die Negierung eines Problems mehr an Wählerstimmen oder führt sie zu Verlusten? Ich nenne das, die *Grobsteuerung der Politik* (Franke 2000, 91 ff.; 2017c, 65 ff., Zohlnhöfer 1980; 1999). Bereits hier setzt die Vermittlungsaufgabe der Verbände oder Interessengruppen ein: Sie müssen ein Problem, an dem ihnen liegt, den Parteien und ihren Politikern als wählerwirksam darstellen. Es liegt auf der Hand, dass der rapide Fortschritt in der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie die Medienwirksamkeit eine ganz zentrale Rolle dabei spielt.

b) Feinsteuerung

Auch wenn es dem einen oder anderen Verband gelingt, ihnen und ihren Mitgliedern wichtig erscheinende Probleme auf die Agenda der Politik zu setzen, so ist damit nicht garantiert, dass es auch zu der von ihnen gewünschten gesetzlichen Regelung des Problems kommt. Um eine Lösung in ihrem Sinne zu erreichen, ist ein kontinuierliches Mitarbeiten auf unterschiedlichen Ebenen im Rahmen der sog. *Feinsteuerung der Politik* erforderlich. Hier wird ein Verband nun feststellen, dass er mit zahlreichen Akteuren, die ihren Einfluss ebenfalls geltend machen wollen, konkurriert. Für den Außenstehenden ist es – auch wenn er sich mit *Politischer Ökonomie* – befasst, kaum möglich, den hohen Komplexitätsgrad, die vielfältigen Verästelungen, Querbeziehungen und ideosynkratischen Hintergründe auch nur einigermaßen zu erfassen oder zu durchschauen.

Während auf der Ebene der Grobsteuerung allgemeine Zielformulierungen genannt werden (z.B. mehr Bildung; Ausbau des G 5-Netzes, mehr Umweltschutz, Kampf gegen den Klimawandel, mehr Europa usw.), geht es im Rahmen der Feinsteuerung „uno actu“ um die Zielpräzisierung, um die Mittel zu ihrer Durchsetzung und um die Unterstützung relevanter Akteure der Politik. Die Suche nach „konsensmobilisierenden Formeln“, denen viele zustimmen können, die aber schon wieder der Keim künftigen Streites in sich tragen, spielen in diesem Prozess eine wesentliche Rolle.

Weil Folge- und Fernwirkungen der gesetzlichen Regelungen (Reformen) in aller Regel kaum exakt abschätzbar sind, neigt die Politik zu einer Politik der kleinen Schritte, d.h., zu überschaubaren Lösungen, die gegebenenfalls rasch korrigiert werden können. Lindblom (1968, 24) nannte das schon früh die Strategie des *disjointed incrementalism* und prägte den Ausdruck des Durchwurstelns *(muddling through)* Lindblom 1959).

Als plastisches Beispiel sei in diesem Zusammenhang die Äußerung der deutschen Bundeskanzlerin genannt, die im Juni nach einer Fraktionssitzung der Unionsparteien davon sprach, dass Schluss sein müsse mit „Pillepalle“ und dass es zu „disruptiven Änderungen“ kommen

müsse, um dem Klimawandel effektiv Einhalt gebieten zu können (ohne Verf. 2019). Was sie unter „Pillepalle“ und „disruptiven Änderungen verstanden wissen wollte, ließ sie offen. Eine grundsätzliche Änderung der verfassten Ordnung in Deutschland wird sie wohl – hoffentlich – nicht gemeint haben.

Die dann am 20. September 2019 bekanntgewordenen Ergebnisse des sog. *Klimakabinetts* der Bundesregierung entsprachen dann ganz und gar nicht den hochgepuschten Erwartungen fast aller Verbände, die den Klimaschutz auf ihre Fahnen geschrieben haben. „Too late and too less“ war das einhellige Votum, also mit anderen Worten: doch Pillepalle oder eben *muddling through* nach bekanntem Muster.

Im Übrigen ist anzumerken, dass die Wissenschaft in aller Regel – weil für die Praktiker in den Ministerien on der Regel zu theoretisch – meistens keinen nennenswerten Einfluss haben. Es sei denn, es gelingt ihr, sich mit mächtigen Verbänden zu verbünden – oder umgekehrt: mächtige Verbände bringen ihre Wünsche unter dem Deckmantel der Wissenschaft vor. So wie es par excellence die Umweltverbände tun

2. Vor- und Nachteile des Verbandseinflusses

Wenn ich bislang von Verbänden gesprochen habe, so sind in der Regel Verbände damit gemeint, die konkrete wirtschaftliche Interessen ihrer Klientel (Mitglieder und Sympathisanten) vorbringen. Sie als reine Lobby oder als Pressure groups abzuqualifizieren, ist jedoch oberflächlich und wird ihrer Bedeutung nicht gerecht. In einer von zunehmender Unsicherheit geprägten komplexen Umwelt bieten sie der Politik, d.h., den Politikern und der Ministerialbürokratie, vielfältige und wertvolle Informationen, die diese sich beim besten Willen nicht selbst beschaffen könnten.

Wertvoll ist eine Information dann, wenn sie neue, bislang nicht bekannte Hintergründe, Zusammenhänge und Folgewirkungen aufdecken. Das erklärt auch, warum der ADAC, der Bund der Steuerzahler und auch Studentenverbände wenig Einfluss haben. Wenn etwa der ADAC oder der Steuerzahlerbund bejammern, wieviel eine geplante Mineralölsteuererhöhung (auch wenn man sie jetzt CO_2-Abgabe nennt) dem raffgierigen Staat in den Säckel spült, so zucken Politiker und Bürokraten nur lapidar die Schultern: „Das wissen wir ja, und deshalb machen wir es.“ Studenten wiederum vertreten keine homogenen Interessen. Künftige Ärzte und Ingenieure haben andere Interessen als etwa Soziologie- oder Gender-Studenten.

Politik und Bürokratie sind daher häufig nahezu symbiotisch mit den Verbänden verknüpft. Ohne das Wissen der Verbände könnten Politiker und (karriereorientierte) Bürokraten mit misslungenen Reformen gehörig Schiffbruch erleiden, während die Verbände und ihre Funktionäre bei mangelndem Durchsetzungsvermögen schlecht vor ihrer Klientel dastehen. Das erklärt, warum die Verbände schon lange einen institutionell gesicherten Einfluss auf die Politik haben. Sie können eng mit den zuständigen Referenten in den Ministerien zusammenarbeiten, sofern sie sich in einer vom Bundestagspräsidenten geführten Liste (der sog. *Lobbyliste*) haben registrieren lassen, und sofern sie für ihre Vertreter einen Hausausweis erhalten haben. Nach dem Stand vom 20.09.2019 /14.01.2019 sind das 2.312 Verbände, von denen etwas über 500 einen Hausausweis haben.[2]

v. Alemann (1981) und v. Alemann/Heinze 1981) konstatierten deshalb schon vor fast 40 Jahren, dass sich das politische System zu einem Gebilde wechselseitiger Verflechtungen ge-

[2] Quellen:
https://www.bundestag.de/resource/blob/189476/5c8c3fcc3fead1db862cdfe2dbb64c6e/lobbylisteaktuell-data.pdf – Abgerufen: 28.09.2019;
https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2019-01-14/neue-hausausweisliste-diese-lobbyisten-koennen-jederzeit-den-bundestag − Abgerufen: 28.09.2019.

wandelt habe, dem sog. Neokorporatismus. Den unbestreitbaren Vorteilen stehen jedoch auch Nachteile gegenüber.

(i) Bei der notwendigen Aggregation und Artikulation der Interessen der Verbandsmitglieder/Betroffenen ist immer damit zu rechnen, dass Eigeninteressen der Funktionäre mit einfließen. Außerdem taucht das Problem der Asymmetrie des Wissens auf, d.h., die Funktionäre haben aufgrund ihres Kontakts zur Politik einen Wissensvorsprung über das, was möglich ist, und das, was auf keinen Fall möglich ist, und es ist oft schwer, dies den Verbandsmitgliedern und Wählern zu vermitteln. Apathie wie auch Radikalisierung eines Teils der Wähler kann die Folge sein.

(ii) In der Regel kann man davon ausgehen, dass die Interessenvertreter im Umgang mit der Ministerialbürokratie nicht lügen. Das würde ihre Glaubwürdigkeit und ihren weiteren Einfluss empfindlich schwächen. Das heißt jedoch nicht, dass sie immer *alles* sagen, was sie wissen. Das kann zu suboptimalen Lösungen im Hinblick auf die gesamte Gesellschaft führen.

(iii) Vor allem geraten aber jene Interessen in den Hintergrund, die entweder nicht organisationsfähig sind oder die nur für wenige relevant sind. Zu den ersten gehören die Interessen der künftigen Generationen wie auch der Umweltschutz, zu den zweiten die Probleme von Homosexuellen und Transsexuellen. Man könnte dem beikommen durch die Gründung von Verbänden mit vikarischen Funktionen, z.B. der Deutsche Kinderschutzbund. Natürlich besteht hier das Problem, dass sich Funktionäre mit ihren Vorstellungen und Eigeninteressen anheischig machen, zu definieren, was die Interessen künftiger Generationen sind. Eine andere Möglichkeit ist die, dass sich sog. *Promotoren* mit großer Beharrlichkeit und über einen längeren Zeitraum immer wieder für die Probleme von Minderheiten einsetzen und so schließlich zu Lösungen kommen.[3]

(iv) Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass Abgeordnete direkte oder indirekte Verbindungen zu Verbänden und Interessensgruppen haben können. Um einer etwaigen Beeinflussung ihrer Abgeordnetentätigkeit auszuschalten, sind müssen sie ihre Nebeneinnahmen angeben. Der Leser/Hörer mag den Link, der in Fn. 3 genannt ist, aufrufen und sich aufgrund der Summen, die dort aufgelistet sind, seine eigenen Gedanken machen, ob das wirklich wirksam ist.[4]

3. Zivilgesellschaften

a) Versuch einer Begriffsfassung

Wie eingangs erwähnt, lässt sich der Begriff der Zivilgesellschaften nicht nur auf die Denker des klassischen Liberalismus und auf Jean-Jacques Rousseau, sondern bis auf die Antike zurückführen. In der Antike ging es vor allem darum, aufgrund einer Art Losverfahren ergänzend zu Wahlämtern, die in den Bereichen Finanzen und Militär angesiedelt waren, eine Zufallsauswahl an Vollbürgern, Bürger also, die einem anerkannten, ehrenwerten Beruf nachgingen, an der Lei-

[3] Um zwei markante Beispiele zu nennen: (i) Aufgrund der Kartellerfahrungen seit dem berühmten Kartellurteil des RGH von 1897 waren weder die deutsche Wirtschaft noch der – ansonsten von mir hochgeschätzte – erste deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, an einer wirklichen Wettbewerbsordnung interessiert, und von öffentlichen Wählerinteresse war das Thema auch nicht. Es war lediglich dem steten Bemühen von Ludwig Erhard zu verdanken, dass es 1958 zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) kam. (ii) Zwar hatte sich in der strafrechtlichen Einstellung zur Homosexualität ab 1969 in Deutschland vieles geändert (Abschaffung der §§ 175, 175a StGB), aber es ist sicher nicht zuletzt dem nicht nachlassenden Eifer von Volker Beck (MdB Bündnis 90/Die Grünen von 1994 bis 2017) zuzuschreiben, dass es 2001 zum Institut der „Eingetragenen Partnerschaft“ (2001) und schließlich sogar 2017 zur „Ehe für alle“ kam. Ihre gesetzestechnische Umsetzung dauerte freilich noch bis zum 1. Oktober 2019.

[4] Quelle:
https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2017-08-02/abgeordnete-kassierten-millionen-aus-der-wirtschaft − Stand; 02.08.2017 – Abgerufen: 28.09.2019.

tung der Regierungsgeschäfte zu beteiligen (vgl. dazu Franke 2017b, 84). Man muss sich dabei freilich in Erinnerung rufen, dass es um Führung von Stadtstaaten (Polis) ging.

Lohn Locke (1632-1704) wollte mit dem Begriff der *civil society* vor allem den Staat in die Pflicht nehmen, das Recht auf Leben, Freiheit und individuelles Eigentum zu garantieren und Angriffe darauf zu verhindern (Locke 1977, 253 ff., 260 ff.). Locke wie John Stuart Mill (1806-1873) hielten es deshalb für eine der Hauptaufgaben des Staates, sich selbst in seinen Ansprüchen zurückzunehmen und Eingriffe in die Rechte der Bürger nur dann vorzunehmen, wenn ihre Nutzung andere Bürger gefährdet (Mill 1859, 13).

François Voltaire (1694-1778), der mehrfach unangenehme Erfahrungen mit den autoritären Zensurbehörden seines Heimatlandes machen musste, lernte während seines erzwungenen Englandaufenthalts die Vorzüge einer relativ offenen Gesellschaft kennen und schätzen (Davidson 2010; Kors 2007).

Von Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) stammt die Überlegung, dass der Mehrheitswille (Volonté générale) – jedenfalls in Staaten von gerade noch überschaubarer Größe – richtig sei. Ihm habe sich daher die Minderheit zu beugen (Rousseau 2000, 38 ff. 66-68). Auch wenn von ihm sicher so nicht gewollt, keimt damit der gefährliche Gedanke auf, dass Individuen oder Gruppen, die dem Mehrheitswillen nicht folgen wollen oder ihm gar Widerstand leisten, ungebildet, krank oder gar böswillig sind. Die Folgen eines solchen Denkens konnte man in den ehemaligen kommunistischen Staaten mit ihren Umerziehungs- und Straflagern sowie Oppositionellen in psychiatrischen Heilanstalten beobachten. Nach dem Zusammenbruch dieser Staaten ist freilich eine Tendenz zu verzeichnen, Druck auf abweichende Meinungen durch verbale Aus- und Abgrenzung sowie durch gesellschaftliche Ächtung zu erzeugen.[5]

Alexis de Tocqueville (1805-1859) skizzierte in seinen Ausführungen über die „Demokratie in Amerika“ darüber hinaus das Entstehen der Gesellschaft, die – einwanderungsbedingt – eine Vielfalt an Informationen verarbeitet (Tocqueville 1967, 3-38). Dies führt zu einer modernen Demokratie, die selbst der am besten regierten Monarchie überlegen sei. Zugleich erkannte er jedoch auch die Gefahren, die aus der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft resultieren können. Dazu zählt die nivellierende Tendenz, weil die Demokratie keine Unterschiede ertrage. Totalitäre Tendenz blitzen auf, wenn de Tocqueville das Streben der Mehrheit nach Allmacht und das Pochen auf ihre moralische Überlegenheit beschreibt. Auf der Staatsebene führt das folgerichtig zur Zusammenfassung aller anderen Regierungsgewalten unter der Legislative (Tocqueville 1967, insbes. 46 ff.).

In dieser Analyse deutet sich an, dass sich hinter der begrifflichen Verschiebung von den „Verbänden“ und ihrem Einfluss – wie oben beschrieben – zur „Zivilgesellschaft“ mehr verbirgt, als reine Terminologie. Das lässt sich auch daran ablesen, dass die Spitzen der EU-Mitgliedstaaten im Vertrag von Lissabon den Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu erkannt haben. Während in Art. 11 Abs. 1 EUV nur von „Bürgerinnen und Bürgern“ und den „repräsentativen Verbänden“ die Rede ist, wird in Abs 2 die „Zivilgesellschaft“ ausdrücklich hinzugefügt. Eine weitere Akzentverschiebung kann man darin sehen, dass im Abs. 1 den Bür-

[5] Kurz nach meinem Vortrag stieß ich auf den folgenden Artikel des Diplom-Psychologen und Psychotherapeuten Fabian Chmielewski: „Die Verleugnung der Apokalypse – der Umgang mit der Klimakrise aus der Perspektive der Existenziellen Psychotherapie“, erschienen in: Psychotherapeutenjournal, 3/2018, S. 253–260. In diesem Beitrag werden schon im Titel Personen mit abweichenden Meinungen zur Klimakrise pauschal der „Verleugnung“ bezichtigt. Ein differenzierter Umgang mit den Begriffen „Skepsis“ und „Leugnung“ wäre einem Psychologen/Psychotherapeuten wohl anzuraten, und sie täte übrigens auch dem öffentlichen Diskurs außerordentlich gut. Im Weiteren legt er da, dass der Verleugnung oder Verdrängung ernste psychologische Mechanismen zugrunde liegen, die der Behandlung bedürfen. Erste konkrete „Interventionen“ seien abzuleiten, in dessen vorderster Linie er die Bundespsychotherapeutenkammer sieht, und er appelliert, sich mit der Petition der „Psychologists/Psychotherapists for Future“ auseinanderzusetzen und sie zu unterstützen (S. 253, 260). Man mag darüber geteilter Meinung sei, ob nicht ein knapp 40-jähriger Psychologe und Psychotherapeut ein Mindestmaß an philosophischer und politischer Ideengeschichte und ein Mindestmaß an Wissen über ideologiegesteuerte Regime und ihrem Umgang mit Kritikern haben sollte, um abzuschätzen, wohin solche Gedanken führen können. Zumindest jedoch ist ein solches Wissen bei den Herausgebern der Zeitschrift zu unterstellen.

gern und Bürgerinnen und den repräsentativen Verbänden nur die Möglichkeit, ihre Ansichten kundzutun, gegeben wird, während Abs. 2 die staatlichen Organe zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden *und der Zivilgesellschaft"* verpflichten,

Das ist mehr als terminologische Spitzfindigkeit, denn – wie Csauderna (2019) folgert – wird damit das Legitimationsmodell europäischer Herrschaftsgewalt um ein partizipatives Legitimationskonzept ergänzt. Damit sei eine demokratietheoretische Aufwertung verbunden.

b) Der moralische Anspruch der Zivilgesellschaft und ihre Verknüpfung mit der Politik

Die vorangegangenen Ausführungen deuten den Kern des Problems an. Ein großer Teil der medienwirksamen Zivilgesellschaften verfolgt gesellschaftspolitische Ansprüche. „Zivilgesellschaft ist …" – wie v. Beyme (1999, 3) – ausführt „ ... ein normatives Konzept". Dazu passt, dass Zivilgesellschaften auf der Basis der Diskurstheorie von Jürgen Habermas nicht nur das Marktsystem ins Visier nahmen, sondern oft auch die liberale Auffassung vom Vorrang des Rechts angriffen (v. Beyme 1993, 3). Vor diesem Hintergrund werden auch jüngste Äußerungen aus den Spitzen der Grünen verständlich, die von der Anwendung geltenden Rechts abraten und offen zum Regelbruch auffordern.[6] Dass die geforderten Regelbrüche nicht ohne heftige Diskussionen geführt werden dürften, liegt auf der Hand. Insofern ist das normative Konzept, das Zimmer (2012, 2) als gewaltfrei und kompromissbereit schildert, reichlich blauäugig zu sein.

Parteien sind natürlich keine Zivilgesellschaften, aber mit solchen Äußerungen senden sie klare Botschaften an jene Zivilgesellschaften, denen es in erster Linie nicht um konkrete Anliegen, sondern um einen Systemwandel von Gesellschaft und Politik geht. Dass Zivilgesellschafen unisono „nicht profitorientiert" und „nicht abhängig von parteipolitischen Interessen" seien, ist mithin wohl nur ein frommer Wunsch des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (o. J.). Sonst müssten sich Zivilgesellschaft strikt von allen staatlichen Mitteln fernhalten. Im Sinne v. Hayeks verfügen die Zivilgesellschaften in ihrer Gesamtheit über ein Ausmaß an Wissen, dass der Einzelne und die Regierung und ihre einzelnen Organe nicht haben können. Insofern sind sie über den Diskurs an Austauschbeziehungen im Sinne eines Marktes beteiligt, auch wenn keine finanziellen Mittel fließen.

Eine weitere bedenkliche Entwicklung besteht darin, dass Zivilgesellschaften nicht nur im Kontakt mit staatlichen Behörden stehen, sondern dass ihre Projekte regelmäßig Mittel aus den Etats des Bundeskanzleramtes und einiger Bundesministerien erhalten. Nicht selten läuft die Finanzierung auch über die EU und über die UNO bzw. ihrer Unterorganisationen. Darüber hinaus gibt es auch personelle Verflechtungen. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass hinter manchen Zivilgesellschaften oder zivilgesellschaftlichen Bewegungen schlagkräftige private Financiers (Hedgefonds) stecken. So beklagt die ungarische Justizministerin, Judit Varga, zu Recht, dass große Firmen, vor allem große Internetkonzerne, „immer mehr als gesellschaftliche Akteure auftreten".[7] Die Forderung nach Offenheit und Transparenz, von vielen Zivilgesellschaften selbst erhoben (und man möchte Toleranz hinzufügen), sollten sie freilich auch gegen sich selbst gelten lassen (Klatt 2012, 15).

---

[6] Robert Habeck, Co-Vorsitzender der Grünen, ließ in einem Tweet an den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner in Bezug auf die Migrationsdebatte wissen „Mit Verlaub, die @CSU schlägt geltendes Recht vor. Der Effekt solcher Aktionen ist aber Verunsicherung, Angst und zerstörtes Vertrauen. Eigentlich unter dem Niveau eines Innenministers."
Quelle: https://zweierlei-maas.de/tag/rechtsstaat/ − Abgerufen: 01.08.2019).
Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, gab bei der „Grünen Jugend" am 6. April 2019 folgende Losung aus:
„Wenn wir mutig sind und auch mal die Regeln brechen, dann können wir zeigen: Diese Welt gehört uns und nicht denen, die sitzen- und stehen bleiben." Zitiert nach Wegner (2019).

[7] Quelle: Budapester Zeitung heute, Budapest, 15.08.2019.

Zivilgesellschaft ist nicht gleich Zivilgesellschaft. Es gibt zahlreiche Zivilgesellschaften, zum Teil auch als Stiftungen organisiert, die mehr oder regelmäßig aus den Etats des Bundeskanzleramts oder aus dem von Bundesministerien finanziert werden. Nicht selten gibt es personelle Verschränkungen. Dazu zwei eklatante Beispiele: „So war etwa der langjährige Staatssekretär im Bundesumwelt- sowie im Bundeswirtschaftsministerium, Rainer Baake, zuvor über Jahre für die DUH in leitender Position tätig“ (Grabitz 2018). Bedenklich auch, dass die DUH mit einer Tochterfirma in geschäftlichen Beziehungen zum Bundeswirtschaftsministerium steht (Grabitz 2018).[8]

Damit wird klar, dass die Macht von Zivilgesellschaften vor allem auf finanziellen Mitteln und personeller Förderung beruht. Das muss nicht immer – wie zuvor geschildert – über die Verknüpfung mit dem Staat geschehen, oft sind bei näherem Hinsehen, andere mächtige Organisationen (z.B. Hedgefonds) im Hintergrund tätig. Weil jedoch offenkundig nur eine geringe Zahl an Zivilgesellschaften in der Lage ist, über staatliche oder wirtschaftliche Verbindungen an Ressourcen zu gelangen, ist ihre Macht sehr ungleich verteilt, d.h., viele können ihre Anliegen gar nicht gleichberechtigt vorbringen (Klatt 2012; Sebald 2011, 2). In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass

> „(S)ie … erheblich dem Einfluss ihrer Förderer ausgesetzt (sind). Dies kann soweit reichen, dass ZGO (zivilgesellschaftliche Organisationen, S.F.F.) von Institutionen (z.B. EU oder UN), seltener auch Privatpersonen, die sie finanzieren, als Instrument genutzt werden, um auf andere Entscheidungsträger (z.B. Nationalstaaten) Druck auszuüben (Sebald 2011 3).[9]

Nicht zuletzt bleibt der Makel, dass es den Zivilgesellschaften an demokratischer Legitimation mangelt. Selbst wenn ihre Ziele uneigennützig demokratischen Charakter besitzen, bleiben die Bewegungen selbst undemokratisch, da sie nur auf ihren Mitgliedern, nicht aber auf der Gesamtheit der Bürger beruhen“ (Sebald 2011, 2). So zählt die Deutsche Umwelthilfe nach dem Stand vom 10.09.2019 nur 428 Mitglieder. Hinzu kommen 6.100 Förderer.[10]

c) Die Folgen dieser Verknüpfung: Allgemeines

Die mehr oder weniger offene Unterstützung durch Regierungsstellen wie auch personelle Verflechtungen konterkarieren die eigentliche Idee der Zivilgesellschaften. Durch ihre bevorzugte Behandlung durch den Staat werden einige ausgewählte von ihnen gewissermaßen geadelt. Die Politik zieht sich zurück und lässt durchblicken, dass sie ja nur den Wünschen der Mehrheit entspricht, ohne zu sagen, dass sie selbst in dieser Symbiose eine Möglichkeit sieht, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen umzusetzen. Auch die EU finanziert Projekte von Zivilgesellschaften, die ihr geeignet erscheinen, und sie stellt als eines ihrer zentralen Ziele, die „stärkere Einbindung auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Politikgestaltungsprozess“ heraus (Abels 2015, 1094, 1096).

[8] Ein kurzer Hinweis: Die Deutsche Umwelthilfe ist 1975 gegründet worden. Sie ist eine Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation. Sie ist als Abmahnverein tätig, ist als gemeinnützig anerkannt und verfügt – neben 77 weiteren Verbänden – über das Verbandsklagerecht. Damit hat sie zahlreiche Städte zu sog. Dieselfahrverboten gezwungen und die deutsche Automobilindustrie das Fürchten gelehrt.

[9] S. dazu auch die von Sebald (2011, 3) zitierte Praxis der EU. Wenn ich mich recht entsinne, verweigerten einige Zivilgesellschaften in Ungarn auch genauere Auskünfte über ihre Finanzen. Es sei Legitimation genug, dass sie aus UN-Mittel gefördert würden, die letztlich auch aus ungarischen Beiträgen gespeist werden.

[10] Quelle: https://www.duh.de/ueberuns/ − Abgerufen: 30.09.2019.

II. Wirkungen auf die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen

1. Hilfreiche Verbände und Institutionen

Hinsichtlich der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen sind natürlich jene Verbände und Institutionen hilfreich, die in den Ländern selbst ihren Sitz haben und in konkreten Fällen mit Rat und Tat zur Seite stehen, weil sie neben den rechtlichen Besonderheiten über vielfältige Kontakte verfügen, die Wirtschaftslage permanent beobachten und Daten der wirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung stellen.

Das sind in Ungarn z.B. der Deutsche Wirtschaftsclub Ungarn (DWC), der – das wird nicht überraschen – auch Firmen aus Österreich und der Schweiz behilflich ist. Die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK). Die DUIHK ist eine offiziell anerkannte deutsche Außenhandelskammer (AHK) und arbeitet mit zahlreichen Industrie- und Handelskammern in Deutschland zusammen. Als Beispiel sei die Kooperation mit der IHK Aachen genannt.[11]

Zu nennen ist auch die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Auslandsbüro in Budapest, das mit zahlreichen ungarischen Stiftungen kooperiert, um auf breiter kultureller, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Basis das wechselseitige Verständnis zu fördern. Für den Bereich der Wirtschaft ist die Kooperation mit dem Institut für Auswärtige Angelegenheiten und Außenwirtschaft (Külügyi és Külgazdasági Intézet) hervorzuheben.[12]

Natürlich ist auch die Deutsche Botschaft in Ungarn zu nennen, obwohl natürlich hinzuzufügen ist, dass die nun gerade nicht als Zivilgesellschaft bezeichnet werden kann.

Was entsprechende Verbände und Institutionen in Deutschland anlangt, so ist natürlich – ebenfalls keine Zivilgesellschaft – die Ungarische Botschaft in Berlin zu nennen. Auf regionaler Ebene sind etliche Organisationen zu finden, deren Anliegen es ist, die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern. Hingewiesen sei etwa auf den 2017 gegründeten Deutsch-Ungarischen Unternehmerclub e.V., der Kontakte zum Generalkonsulat Ungarns in Düsseldorf hält.[13]

Zu nennen ist schließlich die 1994 gegründete Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V., deren Ziel es ist, die Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland auf wirtschaftlichem, kulturellem, sozialem und politischem Gebiet zu pflegen und fördern.[14]

2. Möglicher Einfluss der Zivilgesellschaften

a) Das Beispiel der Klimapolitik

Um das breite Feld der Zivilgesellschaften etwas einzugrenzen, richte ich in diesem Abschnitt den Blick auf jene Zivilgesellschaften, die in Deutschland in massiver Weise die Klimapolitik der Regierung beeinflussen. Eine auch nur halbwegs vollständige Auflistung all jener Zivilgesellschaften, die in Deutschland verdeckt, lautstark, massiv oder zum Teil auch aggressiv Ein-

---

[11] S. dazu folgende Website: https://www.aachen.ihk.de/international/Aussenhandelsmaerkte/ Ungarn/Unterstuetzung_durch_Partner/608076 − Abgerufen: 30.09.2019.

[12] Näheres dazu auf der Website des Auslandsbüro Ungarn der KAS: https://www.kas.de/web/ungarn/partner − Abgerufen: 30.09.2019.

[13] https://dusseldorf.mfa.gov.hu/deu/news/nemet-magyar-vallalkozok-klubja − Abgerufen: 30.09.2019.

[14] https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-Ungarische_Gesellschaft_in_der_Bundesrepublik_ Deutschland − Abgerufen: 30.09.2019. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, dass ich Mitglied dieser Gesellschaft bin, und dass in der nächsten Woche (9.-11. Oktober 2019) DUG-Delegationsgespräche in Ungarn stattfinden, u.a. mit dem Ministerium für Innovation und Technologie sowie mit dem Ministerium für Justiz und den Beziehungen zur Europäischen Union.

fluss auf die Klimapolitik nehmen, scheint mir im gebotenen Rahmen kaum möglich. Eine kursorische Durchsicht der Verbandsliste, zeigt rund 20 Verbände oder Zivilgesellschaften an, die über einen Haus-ausweis zum Bundestag verfügen, darunter z.B. die Deutsche Umwelthilfe (DUH), Greenpeace, der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), der Deutsche Naturschutzring (DNR), unter dessen Dach sich weitere Verbände bzw. Stiftungen (zum Teil nachstehend genannt) verbergen, sowie der WWF Deutschland. (World Wide Fund for Nature). Hinzu kommen Verbände bei, denen man beim flüchtigen Hinsehen keinen Umweltbezug vermuten würde, so z.B. der VCD (Verkehrsclub Deutschland), der u.a. den Kampf gegen das Auto, zumindest als Alleinbesitz, auf seine Fahnen geschrieben hat.

Hinzu kommen die zahlreichen Klimaforschungsinstitute, vom Staat gefördert, wie etwa das „Potsdam-Institut für Klimaforschung“ oder das „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“, die ihre „Forschungsergebnisse“ im Stil von Zivilgesellschaften in die Öffentlichkeit bringen und an die Politik herantragen. So spricht das Potsdam-Institut für Klimaforschung auf seiner Website ausdrücklich von seiner *„Mission“:* Es führt dazu aus, dass *„Natur- und Sozialwissenschaftler … interdisziplinäre Einsichten (erarbeiten), welche wiederum eine robuste Grundlage für Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und* ***Zivilgesellschaft*** *(Hervorhebung vom Verf., S.F.F.) darstellen“.*[15] Auch das Wuppertaler Institut spricht von seiner „Mission“.[16]

Nicht zuletzt sind auch aggressiv vorgehende Organisationen zu nennen, wie etwa „Ende Gelände“, die freimütig einräumen, nicht legal zu handeln, aber dafür eine höhere moralische Legitimität in Anspruch nehmen.[17]

Das Wirken all dieser Verbände, Institutionen, Organisationen, Zivilgesellschaften auf unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlichen Mitteln und auf unterschiedliche Art und Weise, aber doch mit der gleichen „Mission“, unterstützt durch mit ihnen sympathisierenden Medien, haben ein gesellschaftliches und politisches Klima erzeugt, dem die Regierungen (Bund und Länder) in Deutschland mit immer weiteren gesetzlichen Regelungen – Gebote, Verbote, Auflagen, Abgaben, Gebühren und Steuern – nachkommen zu müssen glaubt. Allerdings gibt es auch nicht zu unterschätzende Kräfte in der Regierung, die dem aus eigenem ideologischem Antrieb folgt und deshalb entsprechende Zivilgesellschafen und Institute fördert. Letztes Beispiel sind die Beschlüsse des sog. Klimakabinetts der Bundesregierung, die in der vorgelegten Form etlichen – wie oben erwähnt – bei weitem nicht weit genug gehen. Es wird daher noch zu heftigen Auseinandersetzungen kommen.

Die jetzt vorgelegten Maßnahmen können zwar als kleine Schritte angesehen werden, sie kommen jedoch zu den bislang schon aus Umwelt- und Klimagründen aufgelaufenen Belastungen hinzu. Sie haben Deutschland bislang bereits extrem hohe Energiekosten beschert. Hinzu kommen Gebäudedämmvorschriften, der vorgesehene Gebäude-Wärmepass, die Wertvernichtung durch Diesel-Fahrverbote in vielen Städten, die geplante E-Automobil-Quote und vieles andere mehr. Die in Kürze anstehende komplette Abschaltung der Kernkraftwerke und der vorgesehene Kohleausstieg führen zu weiteren Belastungen.

Das Fatale daran ist, dass all diese Belastungen wie auch die wachsende Unsicherheit, ob und inwieweit auf die Gesetzeslage überhaupt Verlass ist, mit dem sich abzeichnenden Beginn einer Rezession zusammentreffen. Sie hat ihre Ursachen auch in den Unsicherheiten wegen des drohenden Brexits, der unsicheren US-Handelspolitik und dem sinkenden Wirtschaftswachstum Chinas. Das darf jedoch die hausgemachten Ursachen nicht vergessen lassen. Hinzu kommen die Arbeitsplatzsorgen wegen der voranschreitenden Digitalisierung.

---

[15] https://www.pik-potsdam.de/institut/mission − Abgerufen: 30.09.2019.
[16] https://wupperinst.org/das-institut/ − Abgerufen: 30.09.2019.
[17] Vgl. dazu: Infoveranstaltung Ende Gelände, 8. August 2017 um 19:30, Umweltzentrum, Rotebühlstraße 86/1, 70178 in Stuttgart: https://www.ende-gelaende.org/events/infoveranstaltung-ende-gelaende/ − Abgerufen: 30.09.2019.

Inwieweit sich dies alles auf die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen auswirken wird, ist schwer abzuschätzen. Ohne nennenswerte Wirkungen wird das jedoch nicht bleiben. Dazu seien im folgenden Abschnitt einige Hypothesen genannt.

b) Mögliche Wirkungen auf die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen – ein paar kursorische Überlegungen[18]

aa) Zunächst ist festzuhalten, dass sich in **Deutschland** bereits deutliche Bremsspuren abzeichnen.

- Continental will in Deutschland in den nächsten vier Jahren 5.000 Stellen abbauen. Die Zahl soll sich bis 2029 auf 7.000 erhöhen. Weltweit sollen der Rationalisierung 20.000 Stellen zum Opfer fallen.
- Der Anlagenbauer Eisenmann, Böblingen, musste gerade Insolvenz anmelden. Weltweit sind 3.000 Arbeitsplätze und in Deutschland 1.450 in Gefahr.
- Die großen Automobilfirmen bauen Leiharbeiter ab.
- sie kürzen zudem die Bestellungen bei der mittelständischen Zulieferindustrie und drücken die Preise.
- Die Daimler AG meldete in immer kürzerer Folge Milliardenverluste und soll jetzt auch noch ein Bußgeld von rund 850 Millionen Euro wegen des Dieselskandals zahlen. Ein Sparprogramm in Höhe von über 4 Milliarden Euro ist angekündigt.
- Opel kündigt in Rüsselsheim Kurzarbeit für die nächsten sechs Monate an.
- Der Ifo-Geschäftsindex ist seit Dezember 2018 stetig gefallen.

Vor diesem Hintergrund mutet es wie das Pfeifen im Walde an, wenn einige sich damit beruhigen, dass sich die deutsche Wirtschaft nach einer langen Phase des Wachstums nur auf hohem Niveau stabilisiere, und dass es der anhaltende Bauboom und die Inlandsnachfrage schon nicht so schlimm werden lasse.

ab) Die spannende Frage ist, ob und inwieweit die oben skizzierte Lage Auswirkungen auf **Ungarn** und die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen hat. Mit Verblüffung ist festzustellen, dass sich deutlich spürbare Nachteile noch nicht abzeichnen.

- Allgemein ist eine Rezession nicht Sicht. Im Gegenteil: Die Wachstumsraten pendeln nach wie vor von über 4 bis etwa 5 %. Das führt auch zu einer guten Beschäftigungslage und sinkenden Arbeitslosenzahlen.
- Continental baut weltweit und in Deutschland Arbeitskräfte ab, in Ungarn jedoch erweitert es seine Kapazitäten.
- Die Kirchhoff Hungária, Hersteller von Karosserieelementen, baut ihren Standort in Esztergom weiter aus, und beliefert die Werke von Daimler, Suzuki und Audi in Ungarn. Ihre Umsatzerlöse stiegen 2018 erheblich an.
- Die Mercedes-Benz-Akademie in Kecskemét baut ihre duale Ausbildung aus.
- Und nicht zuletzt: BMW baut in Debrecen ein Werk auf, das alsbald jährlich bis zu 150.000 Fahrzeuge mit Elektro- und Hybridantrieben bauen soll.

Das alles klingt nun wahrlich nicht pessimistisch. Offenbar bauen manche Unternehmen, auch wenn sie in Deutschland unter Druck stehen, ihre Auslandsinvestitionen in Ungarn aus. Das hat sicher Kostengründe, mag aber auch daran liegen, dass sie sich in Ungarn weniger der Attacken von Zivilgesellschaften erwehren müssen. Ich persönlich habe nicht den Eindruck, dass Umweltfragen in Ungarn missachtet werden. Offenbar setzt jedoch die Bevölkerungsmehrheit in einem noch in der Aufbauphase stehenden Land andere Prioritäten als die Bevölkerung in Staaten mit einem hohen wirtschaftlichen Niveau.

[18] Die nachstehend angegebenen Entwicklungen und Daten habe ich aus der Verfolgung der Tagesaktualitäten entnommen. Für Ungarn habe ich zudem auf die Berichte und Kommentare im Budapester Magazin“ und in der „Budapester Zeitung heute“, vornehmlich aus dem Jahr 2019, zurückgegriffen.

Interessant übrigens, dass sich auch Japan in Ungarn engagiert. Erst kürzlich hat Minister Péter Szijártó ein großes Logistikzentrum der japanischen Denso Gyártó Magyarország eröffnet. Denso ist der weltweit drittgrößte Zulieferer der Automobilindustrie.

ac) Aus alledem ist abermals auf die Frage zurückzukommen, ob Ungarn und die ungarischen Wirtschaftsbeziehungen davon wirklich auf Dauer unberührt bleiben können? Zunächst kann man leicht ableiten, dass die Nachfrage nach Importgütern zurückgeht, wenn die Wirtschaftskraft in Deutschland zurückgeht. Das kann auch ungarische Exporte nach Deutschland treffen, auch wenn es nur um die teure, aber leckere ungarische *Szalami* gehen sollte …

Interessant ist, wie zentrale ungarische Politiker die Situation beurteilen. Wie Sie wissen, sind der ungarische Notenbankpräsident György Matolcsy und der ungarische Finanzminister Mihály Varga da ganz unterschiedlicher Meinung.

Während Matolcsy warnte, dass sich die Probleme der deutschen Industrie binnen sechs bis neun Monaten negativ auch in Ungarn bemerkbar machen werden, widersprach Varga, weil die deutsche Wirtschaft schon länger im Abschwung sei, ohne dass sich deshalb Wirkungen in Ungarn zeigen. Er bezieht sich damit auf die Hersteller deutscher Premiumfahrzeuge in Ungarn. Die oben zitierten Daten scheinen ihm dabei recht zu geben. Offenbar wollte er frühzeitig und hastig zusammengebastelten Konjunkturprogrammen vorbeugen (vgl. dazu Ackermann 2019.
In dem Zusammenhang wurde auch Besorgnis über den sinkenden Forint-Kurs laut. Dem mit einer Zinserhöhung entgegenzuwirken, scheint mir indessen ebenso unpassend wie die Forderung nach einer Einführung des Euro (vgl. dazu Törő 2019). Eine Abwertung signalisiert im Allgemeinen eine nachlassende Wirtschaftskraft. Zinserhöhungen sind dann eher schädlich. In dieser Situation den starken Euro einführen, hieße den Druck auf die Währung umzuleiten auf eine interne Abwertung, d.h., Lohn- und Sozialausgabensenkungen. Das ist – wie ein ungarischer Staatssekretär schon vor längerer Zeit bemerkte – schon Griechenland nicht gut bekommen. Ich will allerdings nicht verhehlen, dass die Situation einigermaßen vertrackt ist. Die Wirtschaftsdaten weisen nämlich gar nicht in Richtung einer Abwertung des Forint – oder sollten die Finanzmärkte die künftige Entwicklung schon voraussehen?

Als Außenstehendem steht mir natürlich kein Urteil zu. Ich neige allerdings eher zu der Einschätzung von Notenbankpräsident Matolcsy, dass die sich abzeichnende Situation in Deutschland auch auf Ungarn durchschlagen werde. Allerdings verwirren mich die Aussagen der beiden, ob das „goldene Zeitalter“ nun in Ungarn vorbei sei oder nicht, etwas. Offenbar wollte Varga sagen, dass das goldene Zeitalter vorbei sei, weshalb nun − um auf einem stetigen akzeptablen Wirtschaftskurs verbleiben zu können − kein Spielraum mehr für (zusätzliche) Konjunkturprogramme gegeben sei. Demgegenüber knüpft Matolcsy den Fortbestand des goldenen Zeitalters an rechtzeitige und weitere Konjunkturmaßnahmen.[19] Hier wiederum würde ich Vargas Position stützen. Kommt es zu einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit in Ungarn, dann ist er struktureller Art, deren Ursachen extern bedingt sind. Gegen strukturelle Krisen helfen Konjunkturprogramme indessen in aller Regel wenig.

III. Statt eines Schlusswortes: Lediglich anekdotische Evidenzen?

Statt eines Schlusswortes, in dem üblicherweise der Vortrag zusammengefasst wird und gegebenenfalls weitere Ausblicke umrissen werden, möchte ich lediglich die Frage stellen, ob es sich bei den aufgezeichneten möglichen Wirkungen auf die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen um drohende Gefahren oder lediglich um reine Koinzidenzen oder anekdotische Evidenzen handelt. Dieser Frage möge sich jeder selbst beantworten.

[19] S. dazu auch das in der Budapester Zeitung heute, 10. September 2019, wiedergegebene Zitat von Notenbankpräsident György Matolcsy, das kurz zuvor auf dem Wirtschaftsportal novekedes.hu erschienen war.

Literaturverzeichnis (s. auch etwaige Links in den Fußnoten)

Abels, Gabriele (2015): Art. „Zivilgesellschaft“, in: Bergman, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, 5., neu bearb. und erw. Aufl., Baden-Baden: Nomos, S. 1093-1097.

Ackermann (2019): Wenn zwei sich streiten …, in: Budapester Zeitung, Nr. 32, 13. September 2019, S. 16-19.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (o.J.): Art. „Zivilgesellschaft“: https:/www.bmz.de/de/service/glossar/Z/zivilgesellschaft.html – Abgerufen: 24.09.2019

Chmielewski, Fabian (2019): Die Verleugnung der Apokalypse – der Umgang mit der Klimakrise aus der Perspektive der Existenziellen Psychotherapie, in: Psychotherapeutenjournal, 3/2019, S. 253-260.

Csauderna, Christoph (2019: Zivilgesellschaftliche Partizipation und Demokratie. Eine Rekonstruktion der demokratischen Legitimation europäischer Gesetzgebung, Baden-Baden: Nomos.

de Tocqueville, Alexis (1967): Über die Demokratie in Amerika (erster Teil; Erstaufl. 1835), in: Otto Heinrich von der Gablentz et al. (Hrsg.): Klassiker der Politik, Band 4, Alexis de Tocqueville (Auswahl aus Werken und Briefen, 2., neubearb. und erw. Aufl., übersetzt und herausgegeben von Siegfried Landshut), Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag.

Davidson, Ian (2010): Voltaire in England, in: The Telegraph, 09 Apr 2010, 6.30 AM: https://www.telegraph.co.uk/culture/books/bookreviews/7567947/Voltaire-in-England.html − Abgerufen: 29.09.2019.

Franke, Siegfried F. (2000): (Ir)rationale Politik? Grundzüge und politische Anwendungen der Ökonomischen Theorie der Politik, 2., überarb. und erw. Auflage, Marburg: Metropolis.

Franke, Siegfried F. 2017a): Die gefährdete Demokratie. Illiberale Demokratie – Populismus – Europaskepsis, Baden-Baden: Nomos.

Franke, Siegfried F. (2017b): „Drawing of Lot“ Instead of „Voting“ – The Only Way to Restore Democracy?, in Franke (2017a), S. 79-99.

Franke, Siegfried F. (2017c): How to Fight Functional Deficits of Representative Democracy, in: Franke (2017a), S. 63-78.

Grabitz, Markus (2018): Deutsche Umwelthilfe. Staat hält schützende Hand über die Diesel-Gegner, in: Stuttgarter Nachrichten, 09.04.2018, 18.10 Uhr: https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.deutsche-umwelthilfe-staat-haelt-schuetzende-hand-ueber-die-diesel-gegner.57d9da3a-a73f-4a40-81da-da6efc4ea7e3.html − Abgerufen: 30.09.2019.

Klatt, Johanna (2012): De Macht der Zivilgesellschaft und ihre ungleiche Verteilung, in: Ethik und Gesellschaft, Nr. 2/2012: Demokratie und Sozialpolitik: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mmEuG-2-2012_Klatt.pdf − Abgerufen: am 29.09.2019.

Kors, Allan Charles (2007): Voltaire's England. Voltaire’s Lettres Philosophiques paved Tocqueville’s way to America. Lettres Philosophiques (1734) by Voltaire, in: The American Interest, Vol. 02, No. 6 | Published on: July 1, 2007: https://www.the-american-interest.com/2007/07/01/voltaires-england/ − Abgerufen: 29.09.2019.

Lindblom, Charles E. (1959): The Science of „Muddling Through“, in: Public Administration Review, Vol. 19 (1959), S. 79-88.

Lindblom, Charles E. (1968): The Policy-Making Process, Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice Hall.

Locke, John (1977): Zwei Abhandlungen über die Regierung (übersetzt von Jörn Hoffmann), Frankfurt (Main): suhrkamp taschenbuch wissenschaft 213 [engl. Erstaufl.: Two Treatises of Government, London 1689].

Mill, John Stuart (1859). On Liberty [Batoche Books-Ausgabe von 2001: Kitchener, Ontario, Canada: Batoche Books Limited: http://ee.pixel-online.org/files/etranslation/original/Mill,%20On%Liberty.pdf – Abgerufen: 03.03.2017.

ohne Verf. (2019): Merkel an Union: Klimaschutz ist kein „Pillepalle“., in: FAZ, aktualisiert am 05.06.2019-15:33: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/angela-merkel-fordert-haerteren-kurs-im-klimaschutz-16222876.html – Abgerufen: 24.08.2019.

Rousseau, Jean-Jacques (2000): Vom Gesellschaftsvertrag oder Die Grundlagen des politischen Rechts, Frankfurt (Main): insel taschenbuch 2606 [franz. Erstauflage: Amsterdam 1762; aus dem Französischen übersetzt von Wolfgang Skwara].

Sebald, Christoph (2011): Essay: Zivilgesellschaft ist undemokratisch, 17. September 2011: http://www.treffpunkteuropa.de/Zvilgesellschaft-ist-undemokratisch − Abgerufen: 29.09.2019.

Törő, András (2019): Die linke Seite/Kommentar zur Rekordschwäche des Forint, in: Budapester Zeitung, Nr. 31, 6. September 2019, S. 8.

v. Alemann, Ulrich (1981): Neokorporatismus, Frankfurt (Main), New York: Campus.

v. Alemann, Ulrich / Heinze, Rolf G. (1981): Verbände und Staat, Opladen: Westdeutscher Verlag.

v. Beyme, Klaus (1999): Zivilgesellschaft – Karriere eines Modebegriffs, in: Ruperto Carola, Ausgabe 2/1999: https:/www.uni-heidelberg.de/presse/ruca99_2/zivilgesellschaft.htm – Abgerufen: 24.09.2019 (6 Seiten nach dem Ausdruck).

Wegner, Dushan (2019): Enteignungen und der Wahn der Grünen, die Welt gehöre ihnen. Quelle: https://dushanwegner.com/das-gruene-mittelatler/ – 07.04.2019 – Abgerufen : 16.08.2019.

Zimmer, Annette (2012): Die verschiedenen Dimensionen der Zivilgesellschaft (Bundeszentrale für politische Bildung): https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138713/dimensionen – Abgerufen: 27.09.2019.

Zohlnhöfer, Werner (1980): Das Steuerungspotential des Parteienwettbewerbs im Bereich staatlicher Wirtschaftspolitik, in: Boettcher, Erik / Herder-Dorneich, Philipp / Schenk, Karl-Ernst (Hrsg.): Neue Politische Ökonomie als Ordnungstheorie, Tübingen: Mohr-Siebeck, S. 82-102).

Zohlnhöfer, Werner (1999): Die wirtschaftspolitische Willens- und Entscheidungsbildung in der Demokratie. Ansätze einer Theorie, Marburg: Metropolis.